Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

20.01.1932 (Nr. 16)

Visual Library

BNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Mittwoch, 20. Januar 1932 • Nummer 16

Es dämmert

Judenfeindliche Ausschreitungen in Moskau.

Moskau, 19. Jan. Am Dienstag kam es in der Fabrik „Rote Fackel" in Moskau zu Zusammenstößen zwischen jüdischen Arbeitern und einer Gruppe Kommunisten, **die die Entfernung der jüdischen Arbeiter verlangten.** Ein jüdischer Arbeiter wurde mißhandelt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die OGPU. hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Groener gegen Severing

Noch zwei SA-Männer gemeuchelt - Laval hetzt gegen die Tributregelung

Neues Opfer für Deutschland

Essen, 20. Jan. Am Dienstag abend kam es in der Pferdebahnstraße zwischen mehreren Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf mehrere Schüsse fielen. Der 21 Jahre alte **Arbeiter Arnold Guse**, der der NSDAP. angehörte, erhielt einen Schuß in die Lunge und starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Ein der Tat verdächtiger Bursche wurde festgenommen.

Mit Aexten, Beilen, Sensen gegen SA.

Ein weiterer Meuchelmord der Kommunisten an einem Nationalsozialisten wird aus Tübingen gemeldet. In der benachbarten Ortschaft Gönningen überfielen Kommunisten, die mit Aexten, Sensen, Beilen, Dolchen und Knüppeln bewaffnet waren, mehrere Nationalsozialisten, die dieser Horde begegneten. Wie die Tiere fielen die roten Verbrecher über unsere Parteigenossen her und schlugen und stachen auf sie ein. Bevor die Polizei zur Hilfe herbeieilen konnte, lagen schon mehrere Nationalsozialisten in ihrem Blute auf der Straße. Einer, Albert Götz, hatte einen tiefen Stich in den Unterleib davongetragen, der wahrscheinlich von einer Sense herrührt. An den Folgen dieser schweren Verletzung starb der Unglückliche in kurzer Zeit.

Inzwischen war aus Reutlingen das Ueberfallkommando alarmiert worden, das mit Gummiknüppeln und Stahlruten gegen die kommunistischen Meuchelmörder vorgehen mußte. 15 Kommunisten, die alle mit Waffen in den Händen angetroffen wurden, wurden festgenommen. Bezeichnend ist, daß sich unter den Mordbanditen auch mehrere Frauen befanden, die sich den Beamten gegenüber in nicht wiederzugebender Weise aufführten. Ein Zeichen dafür, daß es sich bei diesen Wegelagerern um das gemeinste und verterierteste Gesindel handelt.

Der Kampf um Herbert Volck

Auf dem Wege ins Zuchthaus erreichte Herbert Volck die Nachricht, daß die Beschwerde seines Verteidigers beim Justizminister, in der gegen den anonymen Arzt der Behörde wenigstens körperliche Untersuchung und Schadenersatz für neue Haftschäden gefordert wird, Erfolg hatte. Das preußische Justizministerium hat nunmehr körperliche Untersuchung in Berlin angeordnet. Herr Volck hat inzwischen von einem sechsten Arzt, der Amts-, Kreis- und Gefängnisarzt ist, ein neues Gutachten neuesten Datums erhalten. Dieser Amtsarzt stimmt mit den anderen Aerzten über Volcks Haftunfähigkeit und die schweren aus neuer Haft sich ergebenden Körperschäden überein. Eine trotzdem erfolgende neue Inhaftierung würde daher nur als Maßnahme aus politischen Gründen gedeutet werden können.

Man darf gespannt sein, ob im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und im Vergleich mit der Behandlung z. B. der Sklareks der Fall Herbert Volck weiter zu einem moralischen Agitationsstoff der deutschen Freiheitsfront gemacht wird?!

Herr Volck bittet uns, auf diesem Wege für die zahlreichen Sympathiekundgebungen zu danken. Entgegen der Ansicht vieler, ist er nicht der Meinung, daß die ihm erwiesene Behandlung die Quittung für sein in Preußen verbotenes Buch „Rebellen um Ehre" ist, sondern nur eine allgemeine Auswirkung des im entscheidenden Stadium sich befindenden Kampfes um die Freiheit der deutschen Nation.

Oberst Reinhardt in der NSDAP.

Der bekannte Oberst Reinhardt ist am vergangenen Freitag im Anschluß an die aufgelöste Berliner Sportpalastversammlung der NSDAP. beigetreten. Reinhardt gehörte bisher zu den Deutschnationalen und war Ehrenmitglied des Stahlhelm. Sein Anschluß an die NSDAP. zeigt, daß diese allein heute die Führung hat und unter Adolf Hitler das nationale und soziale Wollen des jungen Deutschland zur Verwirklichung bringt. Der Schritt Reinhardt's verdient größte Beachtung, da er insbesondere innerhalb der „Nationalen Opposition" nicht ohne Rückwirkung bleiben wird.

Scharfe Absage an die Wellblecher

Konflikt zwischen Reich und Preußen

Berlin, 19. Jan. Von seiten des Republikanischen Reichsbundes war als Teilaktion der sogenannten „eisernen Front" für den 20. Januar seit längerer Zeit eine Konferenz verschiedener Linksverbände angesetzt worden, die jetzt zur allgemeinen Ueberraschung ganz plötzlich abgesagt worden ist, weil angeblich soviel Anmeldungen zu dieser Konferenz vorgelegen hätten, daß eine Reichskonferenz stattfinden müsse, die erst im Februar abgehalten werden könne.

Diese Konferenz sollte, wie mit großer Propaganda angekündigt war, unter dem Titel stehen „Gegen Bürgerkrieg und Terror! Was können Armee, Polizei und republikanische Bevölkerung tun, um den Bürgerkrieg zu verhindern?" Als Hauptreferent war der preußische Innenminister, Genosse Severing, vorgesehen. Allgemein war man außerordentlich gespannt darauf, was der preußische Innenminister zu dieser Fragestellung zu sagen habe, da besonders nach der letzten ganz offenen Bürgerkriegsdrohung des preußischen Regierungsrates Mühle bekannt ist, daß gerade die „eiserne Front", die als Veranstalter hinter dieser Konferenz stand, den Bürgerkrieg aufs aktivste betreibt.

Einladungen waren nicht nur an die preußischen Regierungsstellen, sondern auch an das Reich ergangen. Wie nun ein linksgerichtetes Montagsblatt, das offenbar über die Hintergründe gut informiert ist, mitzuteilen weiß, ist die plötzliche Vertagung dieser Konferenz auf das Eingreifen des Reichsinnen- und Reichswehrministers Groener zurückzuführen.

Groener hatte ebenfalls eine Einladung erhalten, jedoch in sehr scharfer Weise abgelehnt. In seinem Absagebrief soll er u. a. ausgeführt haben, daß Vertreter der Reichswehr an der Konferenz nicht teilnehmen dürften, weil nach der Verfassung und dem Wehrgesetz es den Angehörigen der Reichswehr untersagt sei, sich politisch zu betätigen. Im übrigen sei im Wehrgesetz und in der Verfassung bestimmt, in welchem Rahmen die Armee im Staat zu wirken habe. Sie brauche daher keine Aufklärung über ihre Aufgaben bei einer Verhinderung des Bürgerkrieges.

Pikant mutet es an, daß gleichzeitig mit diesem Absagebrief, der sich naturgemäß in erster Linie gegen den Hauptreferenten, nämlich den preußischen Innenminister Severing richten muß, von preußischer Seite eine Klage gegen das Reich beim Reichsgericht eingereicht worden ist, und zwar handelt es sich um Differenzen wegen der durch den Reichsinnenminister verfügten Aufhebung des Angriff"-Verbots. Bisher war es stets gelungen, Differenzen zwischen Reich und Preußen in Fragen von Zeitungsverboten durch gültige Verhandlungen beizulegen. Die Aufhebung des Verbots des „Angriff" durch den Reichsinnenminister erschien umso auffälliger, als der Angriff ohnehin bereits am nächsten Tag wieder erschienen wäre, da die Verbotsfrist abgelaufen war. Das preußische Innenministerium hat sich daher entschlossen, die letzte richterliche Instanz anzurufen. Also soll das Reichsgericht entscheiden, ob das Verbot des „Angriff" oder die Aufhebung gerechtfertigt war.

Es ist diese Klage politisch interessant, da hier zum erstenmal ein Konflikt zwischen Preußen und dem Reich über die Durchführung der Pressenotverordnung vor dem höchsten deutschen Gericht zur Austragung gebracht wird.

Frankreich will kein Ende der Krise!

Paris, 19. Jan. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Laval am Dienstag wurde vor vollbesetzten Bänken abgegeben. Briand war, wie das vorauszusehen war, nicht erschienen. Ministerpräsident Laval wies einleitend auf die vergeblichen Bemühungen zur Bildung einer Einheitsregierung hin, um dann sofort auf die Tributfrage überzugehen.

Die Weltkrise hat, so führte er aus, die Meinung der Völker verwirrt und eine Reihe von Lösungsvorschlägen auftauchen lassen, die mehr auf Einbildung aufgebaut sind, als auf Tatsachen. (!) Die Annullierung der Reparationen und der interalliierten Schulden würde eine Folge dieser Geistesverfassung sein!! Wir werden aber keine Lösung zur Behebung der Krise annehmen können, welche die besonderen Interessen Frankreichs und seine durch freiwillig anerkannte Verträge verbrieften Rechte verletzen würde. Wir werden uns das Recht auf die Reparationen nicht streitig machen lassen. Man verlangt von uns eine Quittung zu Gunsten unseres Schuldners. Wir haben aber die Pflicht, gegenüber der Generation, die den Krieg erlebte, nichts von unseren Forderungen ohne eine gleichzeitige Aufhebung unserer Schulden zu opfern und wir haben gegenüber der kommenden Generation die Pflicht, jedes Abkommen einem gerechten Ausgleich der Erzeugung und Lebenshaltungskosten unterzuordnen. Dieser Ausgleich würde aber nicht geschehen, wenn, sobald einmal die Krise vorüber ist, die ungleichmäßige Verteilung der finanziellen Lasten uns in der internationalen Konkurrenz in eine schlechtere Lage als andere Länder bringen würde. Die Regierung wird sich bei allen Verhandlungen an diese Grundsätze halten, die auch von der Kammer immer wieder anerkannt worden sind.

Laval ging sodann auf die innere Wirtschaftskrise über und erklärte, die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, die sich für die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft günstig auswirkten. Er forderte die Kammer auf, den Haushalt so bald wie möglich zu verabschieden.

Bezüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz werde sich Frankreich, so erklärte Laval weiter, an seine Denkschrift vom 15. Juli 1931 halten. Diese Politik sei nicht nur diejenige Frankreichs, sondern auch diejenige des Völkerbundes.

Der Ueberfall in Berlin-Reinickendorf

Berlin, 19. Jan. **Zu dem kommunistischen Feuerüberfall auf Nationalsozialisten werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Nationalsozialisten kehrten am Montag abend von einer Versammlung heim, als sie in der Nähe der Laubenkolonie Felseneck in Berlin-Reinickendorf plötzlich beschossen wurden. Es entspann sich ein regelrechter Kampf, in dessen Verlauf der der NSDAP. angehörige Professor Schwarz erstochen wurde. Ein kommunistischer Arbeiter erhielt tödliche Schüsse in Kopf und Brust. Mehrere Personen, darunter auch zwei Polizeibeamte, wurden schwer verletzt. Die politische Polizei hat festgestellt, daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten kommunistischen Angriff handelte.**

Nach der zuerst vorliegenden Drahtnachricht mußten wir annehmen, daß es sich bei dem gemeinen Mordüberfall um zwei ermordete Parteigenossen handelte. Heute stellen wir dazu fest, daß Pg. Schwarz durch einen Stich gemeuchelt und ein kommunistischer Angreifer durch einen tödlichen Schuß abgewehrt wurde.

Wir lachen!

Das württembergische Zentrum gegen die Nationalsozialisten

Stuttgart, 19. Jan. Der württembergische Staatspräsident erklärte in einer Zentrumsversammlung in Ellwangen, es werde nicht soweit kommen, daß die Nationalsozialisten über die Reichspräsidentenwahl Brüning stürzen könnten, um selbst an die Macht zu kommen. Die Verhältnisse würden immer wieder so sein, daß das Zentrum gezwungen sein werde, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, wenn überhaupt eine Arbeit möglich sein sollte. Genau so verfehlt wäre es, vom Zentrum zu verlangen, grundsätzlich niemals eine Koalition mit den Nationalsozialisten einzugehen. Aber die Nationalsozialisten müßten lernen, von ihrem anmaßenden Hochmut allmählich auf einen vernünftigeren Sinn herunterzurücken. Der Staatspräsident warf die Frage auf, ob es jemand im Ernst glaube, daß es den Nationalsozialisten gelingen werde, jemals die Mehrheit aus eigener Kraft zu erreichen. Sie würden die Mehrheit nicht erreichen und nicht zur Regierung kommen, ohne daß das Zentrum dabei sei. Das württembergische Zentrum werde sich Schreiben, wie sie in Hessen an das Zentrum gerichtet worden seien, nicht gefallen lassen. Es könne auch regieren ohne die Nationalsozialisten, aber diese nicht ohne das Zentrum. Die Aufgabe des Zentrums bestehe darin, eine nationalsozialistische Regierung solange zu verhindern, bis die Nationalsozialisten Vernunft annehmen.

Calmette-Prozeß

Begründung der Strafanträge

Lübeck, 19. Jan. Im Calmette-Prozeß beantragte Freiherr von Beust in seinem Plädoyer die Freisprechung der Angeklagten Anna Schütze, da ihr ein Verschulden nicht nachgewiesen werden könne.

Oberstaatsanwalt Dr. Lienau wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß Professor Klotz bereits am 5. März die Gefährlichkeit des Calmette-Mittels hätte erkennen müssen. Am 17. April hätte er unbedingt von der Gefährlichkeit des Mittels überzeugt sein können. Allein ein Vergleich der hohen Einlieferungsziffer von kranken Säuglingen im April mit der Ziffer der vorhergehenden Monate hätte ihn stutzig machen müssen. Am 23. April hätten sogar Laien die Aerzte darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei der Krankheit der Säuglinge um Folgen der Calmette-Fütterung handeln müsse. Obwohl auf der Anklagebank Männer säßen, die das Beste gewollt hätten, sei bei der Strafbemessung zu berücksichtigen, daß 77 Kinder gestorben seien, daß viele Kinder lange krank gewesen und unter furchtbaren Schmerzen gelitten hätten. § 222 des StGB. sehe für fahrlässige Tötung Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren unter erschwerenden Umständen vor. Bei den Angeklagten Deycke und Altstaedt müsse bei der Strafbemessung über die Hälfte des Mindestmaßes hinausgegangen werden. Die Verhandlung wurde nach Verkündung der Strafanträge auf Donnerstag vertagt. Dann werden die Vertreter der Nebenkläger zu Wort kommen.

Reichspräsidentenwahl und Außenpolitik

Mag man an der Persönlichkeit unseres Reichskanzlers und an seiner Politik auch vielerlei auszusetzen haben, daß er ein geschickter Taktiker im Kampf der Parteien ist, wird wohl niemand abstreiten. So hat er unter Hinweis auf den Vorrang der Außenpolitik versucht, der nationalen Opposition ihre im Augenblick schärfste Waffe, die Reichspräsidentenwahl, zu entwinden. Er hofft dabei, daß das nationale Gewissen und persönliche und weltanschauliche Bindungen an die Person Hindenburgs die Rechte veranlassen zu können, der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ohne jede Bedingung zuzustimmen.

Im Falle einer Ablehnung seiner Vorschläge erwartet er, daß Teile der Opposition sich abspalten würden und außerdem Hindenburgs Volkstümlichkeit die Anziehungskraft der nationalen Bewegung lähme.

Wie sehr dabei die verehrungswürdige Gestalt unseres Reichspräsidenten nur Mittel zum Zweck war, geht aus der Tatsache hervor, daß noch vor wenigen Tagen Hindenburg für große Teile der Sozialdemokratie „der Massenmörder des Weltkriegs" und für die Mitte ein wegen seines hohen Alters gar nicht in Frage kommender Greis war. Heute, wo man sich so gut hinter der breiten Gestalt Hindenburgs verkriechen kann und ihn als Aushängeschild für die Weimarer Republik und ihre Notverordnungspolitik mißbraucht, will man davon auf einmal nichts mehr wissen.

Aehnlich verhält es sich auch mit den außenpolitischen Argumenten Brünings. Um dem Ausland zu zeigen, daß das deutsche Volk in der Ablehnung der Tributzahlungen einig ist, dazu braucht man keine Einheitsfront bei der Reichspräsidentenwahl. Das wissen die Franzosen, jedenfalls soweit es die Nationalsozialisten betrifft, schon an sich; Hitlers Erklärungen an das Ausland ließen ja an Deutlichkeit nichts vermissen. Im Gegenteil, Brüning wird in Lausanne viel eher auf ein Entgegenkommen der Franzosen rechnen können, wenn diese sich sagen müssen: „Kommt er mit leeren Händen nach Hause, so wird er auf dem Wege über die Präsidentenwahl von der Rechten gestürzt." Bezeichnend dafür sind ja die wenigen Zeitungsstimmen in Frankreich, die für eine Streichung der Tribute eintreten. Immer wieder heißt es da, wir müssen Brüning zu einem Erfolg verhelfen, damit die deutschen Nationalsozialisten keine zugkräftigen Parolen mehr für die kommenden Wahlen haben.

Wenn also die nationale Opposition in der Frage der Präsidentenwahl sich zurückhält und möglicherweise selbständig vorgeht, dann geschieht das weniger im eigenen als im Interesse des gesamten Volkes. Heute den Kampf gegen Brüning durch bedingungslose Wiederwahl Hindenburgs aufgeben, heißt auf den Trumpf verzichten, der allein die französische Karte zu stechen vermag.

Kapitalistischer Egoismus

Dieser Tage konnten wir lesen, daß die Witwe des früheren Präsidenten und Generaldirektors der AEG., **Frau Felix Deutsch**, eine Witwenpension von 500 000 RM. bezieht. Außerdem besitzt sie ein Privatvermögen von 14 Millionen RM. Um den **Abbau einer Anzahl besonders tüchtiger Beamten und Angestellten** vermeiden zu können, trat die Leitung der EAG. an die Millionärin mit der Bitte heran, in eine vorübergehende Kürzung ihrer Pension einzuwilligen. Das lehnte Frau Deutsch nicht nur ab, sondern sie ließ sofort durch einen Rechtsanwalt eine Klage wegen kürzungsloser Erfüllung ihres kontraktlichen Pensionsgeldes androhen.

Während das System Brüning nach unten Spartanertum predigt und durch Notverordnungen die Lebenshaltung des schaffenden Volkes bereits bis zur Grenze des Menschenmöglichen herabgedrückt hat, lebt die mammonistische Oberschicht nach wie vor im Ueberfluß. Wir glauben bestimmt, daß die Millionär-Witwe Deutsch durch sämtliche vier Notverordnungen noch keinen Pfennig eingebüßt hat, abgesehen von einer für ihre Verhältnisse kaum nennenswerten Steuererhöhung. Hat diese jüdische Dame überhaupt ein soziales Recht auf Pensionsbezüge? Nicht genug, daß ihr Herr Gemahl zu Lebzeiten seine 14 Millionen zusammenraffte, **muß die Belegschaft der AEG. der Witwe auf Lebensdauer noch eine Jahresrente von einer halben Million erarbeiten.** Und wieviele solcher unproduktiven Ausbeuter hängen noch an der AEG.? Und wie groß ist wohl das Heer der Schmarotzer, die die deutsche Gesamtwirtschaft auf solche und ähnliche Art aussaugen, während die produktiven Kräfte den Hungerriemen von Woche zu Woche enger schnallen. Warum greift hier keine Reichsregierung energisch zu?

Der Bau englischer Großflugzeuge aus Sparsamkeitsgründen eingestellt

London, 19. Jan. Wie zuverlässig verlautet, beabsichtigt das britische Luftfahrtministerium, aus Sparsamkeitsgründen den Bau der neuen Großflugzeuge einzustellen, die bis zu 40 Personen und Fracht an Bord nehmen sollten. In erster Linie wird davon das im Bau befindliche Riesenflugboot in Southampton betroffen, das für die Weltreich-Fluglinien und die Ueberfliegung des Südatlantik bestimmt war. Dieses Flugboot, dessen Bau bereits vor drei Monaten in Angriff genommen war, soll nunmehr abgewrackt werden.

Der Bau des Riesenflugbootes war besonders als Antwort auf den deutschen „Do. 10" gedacht worden.

Die Zollnotverordnung

Berlin, 19. Jan. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen mitgeteilt:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben.

2. für Waren, die aus einem Land, mit welchem das deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt, als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Land Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Artikel 2.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, 18. Januar 1932.

Der Reichspräsident
Der Reichskanzler.

Der amerikanische Botschafter Sackett in Hamburg

Hamburg, 19. Jan. Der amerikanische Botschafter Frederic M. Sackett ist zu seinem angekündigten Besuch zusammen mit dem amerikanischen Generalkonsul in Berlin, Messerschmith, und dem Marineattaché der amerikanischen Botschaft, Kenneth Castleman, in Hamburg eingetroffen. Die amerikanischen Gäste, die von ihren Frauen begleitet sind, wurden auf dem Bahnhof von Bürgermeister Dr. Petersen und Regierungsdirektor Dr. Merck begrüßt. Auch der amerikanische Generalkonsul in Hamburg, Kehl, war zur Begrüßung des Botschafters erschienen. Vom Bahnhof begab sich der Botschafter zu dem Hotel „Vier Jahreszeiten", wo er mit seiner Begleitung während seines Hamburger Aufenthaltes Wohnung genommen hat.

Am Montag morgen stattete dann der der Botschafter dem Präsidenten des Senats im Rathaus einen Besuch ab, der kurz darauf erwidert wurde. Im Anschluß daran besichtigte der Botschafter mit den Herren seiner Begleitung das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, bei der Prof. Fülleborn die Gäste führte. Mittags empfing der Senat die amerikanischen Gäste im Rathaus. Am Nachmittag stattete der Botschafter der Schiffsbau-Versuchsanstalt einen Besuch ab.

In jeder Arbeitsstelle eine Nazi-Zelle!

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Unter-Vorkriegspreise!

Gislust
EINE DEUTSCHE BEWEGUNG
von E. CZECH-JOCHBERG

Endlich kam der Tag, da die Haft zu Ende war. Der Abschied fiel den Häftlingen weniger schwer als den „Bekehrten". Es gab ungeschickte, aber goldene Worte voller Treue. Selbst der Anstaltsleiter, der sich Hitler mehr und mehr genähert hatte, tastete nach Worten, fand nicht gleich die rechten, wollte aber doch etwas sagen.

Sehr vorsichtig formulierte er schließlich: „Eigentlich . . . wenn ich Ihnen, Herr Hitler, immer so zugehört habe, hat sich manches in mir verändert. Ich glaube, ich bin heute selbst schon ein Nationalsozialist!"

Das war doch zweifelhaft das schönste Abschiedswort.

— — — — — — — — — —

20. Kapitel

Das Redeverbot, das am lautesten für Hitler sprach

Freiwilliges Untertauchen — Wieder am Platz! — Redeverbot — Thälmann wird stutzig

Als Hitler Landsberg verlassen hatte, schwieg er zunächst. Die durch die Festungshaft zerrissenen Fäden zum Führer mußten erst wieder geknüpft werden, ehe er wieder Laut gab, um den Feind erneut zu stellen, die Bewegung wieder anzukurbeln.

So warteten die Zeitungsredaktionen und warteten. Aber er erschien nirgends in Versammlungen, er sprach nicht und man wußte nicht einmal, wo er sich befand.

Die Blätter begannen eine kleine Aufklärungsoffensive, um den Gegner zu reizen und so seine Pläne zu erfahren. „Hitler in Oesterreich?"

„Hitler zieht sich vom politischen Leben zurück", las man.

Aber es war die Ruhe vor dem Sturm. Plötzlich schrie es: Hitler spricht wieder in München!

Wie? Er hatte sich doch nicht von der Politik zurückgezogen? Suchte wieder am „Platzl" die alte Stätte seiner Siege auf? Man mußte auf der Hut sein.

Ich weiß nicht mehr, um wieviel Uhr er damals sprach. Ich weiß nur, daß in den Hofbräuhaussaal, der zweitausend Personen faßte, dreitausend hineingepreßt waren, und daß weitere zehntausend Menschen vor dem Hause standen.

Das war nicht übel.

„Wie sagten Sie eben", fragte der Polizeichef, „zehntausend Mann?"

Die Gegner rieben sich die Hände. Gut so. Die Polizei brauchte jetzt bloß ein wenig scharf vorzugehen, ein kleiner Krach war doch — mein Gott, das hat man ja gelernt — rasch provoziert, und dann wird die Menge davongejagt und die Versammlung geräumt, und Hitler mag sprechen, wo er kann.

Man hatte selten eine solche Roheit erlebt, obgleich man viel erlebt hatte: Mit beispielloser Brutalität drängten, schimpften, hieben die „Grünen" auf die Leute ein. Immer wieder. Immer wieder.

Man schloß die Türen, räumte den Platz. Aber es wollte sich niemand provozieren lassen.

Ein dummer Tag. Es ließ sich kein Anlaß konstruieren, nicht der geringste. Die Menschen waren wie Lämmer. Man hatte sich schon in allen Tricks verausgabt . . .

Im Saale, da rauschte der Jubel dem wiedergefundenen Führer entgegen, es war ein erschütterndes Wiedersehen. So war Cäsar von seinen alten Veteranen, von seiner Leiblegion, der zehnten empfangen worden, wenn er vom heißen, intriganten Rom wieder nach Gallien zurückkehrte . . .

Natürlich sprach Hitler von den Novemberlagen. Natürlich gedachte er der Toten vor der Feldherrnhalle. Natürlich war er nicht wählerisch in seinen Ausdrücken.

Man löste die Versammlung nicht auf. Nichts geschah, er durfte ungehindert zu Ende sprechen. Ungetrübt verlosch der Abend.

Aber am nächsten Tage wurden die Zeitungen zerlesen und die Rede zerklittert. Sicherlich hatte er etwas gesagt, das Anlaß werden konnte, um ihn wieder unschädlich zu machen.

„Finden Sie nichts, Herr . . .?"

Ein Beamter, der nichts findet, ist untüchtig und taugt nicht zum Avancement.

Der Beamte fühlte einen leichten Schwindelanfall, er hatte nicht zu glauben und zu meinen, er hatte einen Fall zu konstruieren, und der Chef hatte nicht Lust, noch lange zu warten. Heute noch mußte ein Grund gefunden werden.

Man muß bloß ein wenig von der „journalistischen Ader" besitzen. Das ist so: Man kann ein und dieselbe Depesche . . . jede Depesche . . . so wiederbringen, daß sie im ersten Falle eine günstige Meldung bedeutet und im anderen eine ungünstige (wenn man ein guter Journalist und Diplomat ist).

In diesem Falle hatte der Beamte endlich seine journalistische Ader (spät genug, murrte der Chef) entdeckt. Er nahm die Rede Hitlers her und begann sie zusammenzustreichen. Als ob sie für den Redaktionsschlußdienst hergerichtet werden müßte. Und da entdeckte er köstliche Dinge. Es ergab sich nämlich, daß man bloß einen Eventualsatz wegzulassen hatte, und die schönste Anklage war fertig. Man brauchte doch nur etwa die Einschränkung: „Wenn das geschehen sollte", dem Rotstift zum Fraße hinzuwerfen; das folgende „. . . werden wir mit Gewalt . . ." klang dann wie der herrlichste Hochverrat.

Die Arbeit war gut. Aber schließlich war das Ganze doch ein Schwindel. Eine Anklage konnte man auf diese Weise doch nicht erheben.

Da zuckte ein Blitz durch die Hirngänglien: „Wie . . . hm . . . wie wäre es mit einem Redeverbot?"

Man sah einander verblüfft an. Redeverbot? Da gab es keinen Richter, das war eine „administrative Verordnung".

Und so erließ man gegen Hitler ein Redeverbot. Auf Grund der oben angedeuteten vortrefflichen Streichungen.

— — — — — — — — — —

Nicht allein in Bayern hatte man ihm das Reden verboten, sondern natürlich auch in Preußen. Wer hätte es anders gedacht?

(Fortsetzung folgt.)

Aus Bremen

Zugeschobener Eid entscheidet fragliche Quittungsangelegenheit

Die Frage ist hier, wer hat die Quittung leichtsinnig unterschrieben? Der Chauffeur Bo. klagt rückständigen Lohn ein; einmal 153 RM. Lohnrückstand, entstanden aus zu unrecht erfolgter fristlosen Entlassung und 243 RM., die er während seines Dienstverhältnisses nicht erhalten haben will.

Der Beklagte bringt vor, daß eine fristlose Entlassung nicht bestehe. Er habe keine Arbeit gehabt und dem Kläger, mit dem er verwandt ist, vorgeschlagen, stempeln zu gehen, wenn nichts zu tun war, um vorkommenden Falles als Gelegenheitsarbeiter beschäftigt zu werden. Zu dem zweiten Fall bringt Kläger Quittungen bei, deren Gültigkeit bestritten wird. Bo. will diese Quittungen nur für die Steuererklärung gegeben haben. Ein Vergleich kommt nicht zustande, da sich die Parteien ziemlich erbittert gegenüberstehen. Der Vertreter des Klägers schiebt dem Beklagten einen Eid zu, darüber, daß er in Wirklichkeit das Geld an den Kläger gezahlt habe, zu.

Der Richter gibt diesem Antrag statt und verkündet dann die Abweisung der Klage. **An sich habe der Schuldner zu beweisen, daß er seinen Verpflichtungen nachgekommen sei, dieser Beweis sei erbracht durch Vorlage der Quittungen, diesen gegenüber sei der Kläger beweispflichtig.** Die Zeugenaussagen hätten zur Erhärtung der Behauptungen des Klägers aber nicht ausgereicht, so daß die Klage abzuweisen war.

Zedierte Forderungen kann man nicht mehr selbst kassieren

Vor dem Arbeitsgericht erschien ein Mann W., der eine Forderung aus einem Arbeitsverhältnis der Fürsorge zediert hatte. Trotzdem klagte er nun für sich diese Forderung ein. Er wurde aber abgewiesen, weil er keine Erlaubnis der Fürsorge zum Einklagen besaß. Es gibt doch sonderbare Käuze auf der Welt!

Unzulässige Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes bei der Vesigheimer Oelfabrik

Mitglieder des Betriebsrates können nur mit Zustimmung der ganzen Belegschaft gekündigt werden, wenn nicht ein Grund zur fristlosen Entlassung gegeben ist. Diesen Grund sollte das Mitglied P. im Betriebsrat der Vesigheimer Oelfabrik gegeben haben, er soll sich der Beleidigung von Vorgesetzten schuldig gemacht haben. Vor dem Arbeitsgericht klärte sich der Sachverhalt wie folgt:

Am 31. Dezember ereignete sich im Betrieb ein Unfall, bei dem ein Mann verletzt wurde. Für diesen Verletzten bestellte P. einen Krankenwagen, ohne dafür zuständig zu sein. Zuständig für Anordnungen bei Unfällen sind die Pförtner, die alle als Unfallshelfer ausgebildet sind. Der Pförtner B. bestellte den Krankenwagen wieder ab, nachdem er sich um den seiner Meinung nach nicht schwer verletzten Mann gekümmert hatte. Als P. den Pförtner anschrie, sagte dieser: „Man wird hier wohl als Trottel angesehen." P. erwiderte darauf: „Ja", womit er einen Vorgesetzten beleidigt haben soll.

Der zweite Vorfall soll eine Beleidigung des Ingenieurs Engehausen, der für die Firma als Vertreter erschienen war, darstellen. Am 3. Januar lehnte der Arbeiterrat ab, seine Zustimmung zu einem 15prozentigen Lohnabbau und zu einem Arbeitszeitabbau von 36 auf 30 Stunden zu geben, es müsse hierzu die Gesamtbelegschaft Stellung nehmen. Im Laufe der Debatte machte P. dem Redner N. den Vorwurf, er habe schon vor Weihnachten Kenntnis von der Herabsetzung der Löhne und der Arbeitszeit erhalten, während er in Wirklichkeit erst am 29. Dezember vom Ingenieur E. vom Abbau der Löhne und der Arbeitszeit unterrichtet wurde. Es fiel dabei das Wort: „Das ist eine infame Lüge." P. soll in die Versammlung hineingeschrien haben, wie er auch, nach der Aussage von Ingenieur E., der Unruhestifter im Werk gewesen sein soll.

Die Zeugenvernehmung ergibt kein ganz klares Bild, je nach Parteizugehörigkeit, hie SPD., hie KPD., sind die Aussagen verschieden. Einer der Zeugen, die für P. eintraten, kennzeichnete N., dem ja der Vorwurf, er habe geheime Abmachungen mit Ingenieur E. getroffen, galt, dahin, daß er imstande sei „80 Mann Brüning zu überlassen", womit der Zeuge wohl meint, daß es N. nicht darauf ankomme, 80 Mann auf die Straße zu setzen.

Es ergeht ein Teilurteil, nachdem das Dienstverhältnis über den 5. Januar fortbesteht. Ein genügender Grund zur fristlosen Entlassung sei nicht gegeben. Nicht Ingenieur E. höchstens N. sei beleidigt, zur fristlosen Entlassung reiche der Tatbestand nicht aus. **Zur ordnungsgemäßen Kündigung sei die Zustimmung der Belegschaft erforderlich.** Der erste Vorfall genüge ebenfalls nicht zur fristlosen Entlassung, es sei keine Beleidigung eines Vorgesetzten erfolgt. Teilurteil erging deshalb, weil festgestellt werden muß, wie hoch sich die Entschädigung beläuft, die P. für den entgangenen Arbeitslohn zu beanspruchen hat.

Polizeibericht vom 19. 1. 32. In den letzten Wochen hat eine unbekannte Person in einem Warenhaus hierselbst verschiedentlich Sachen im Gesamtwert von 91 RM. gekauft. Mit einem nachgeahmten Kassenstempel hat die Person die Kassenscheine gestempelt und somit die unbezahlten Waren am Packtisch ausgehändigt erhalten. Erst später wurden die Fälschungen bemerkt. — Am 15. ds. Mts. hat sich in der Neuenlanderstraße ein unbekannter Mann einem Hausmädchen in unsittlicher Weise gezeigt. — Eine am Peterswerder aufgestellte, dem öffentlichen Nutzen dienende Warnungstafel, ist mutwillig abgebrochen worden. Als Täter werden Nachtschwärmer in Frage kommen. — Freiwillig stellte sich ein Buchhändler unter der Selbstbezichtigung, von einem hiesigen Geschäftsmanne unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Geld erschwindelt zu haben. Er wurde festgenommen und sieht seiner Aburteilung entgegen. — Ein Schiffsbediensteter wird beschuldigt, an einem jugendlichen Mädchen mit Gewalt unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. — In der Nacht zum 15. ds. Mts. wurde mittels Einbruchs aus einem Hause an der Friedrich Karlstraße ein mittelgrauer Herrenulster mit zwei Reihen grau-schwarzer Herrenknöpfe und ein graublauer Herren-Haarfilzhut, gez. W. B., entwendet. — Freitag nachmittag drang ein Einbrecher in ein verschlossenes Haus an der Hastedter Heerstraße ein, durchwühlte alle Behältnisse und entwendete einen Zwanzigmarkschein. — Am 12. 1. nachmittags 18 Uhr wurde aus einem auf der Geißbergstraße aufgestellten, anscheinend verschlossen gewesenen Kraftwagen ein grau-blauer dicker, gerauhter Ulster mit sehr breiten Reversen und einem kurzen breiten Rückenriegel mit der Aufschrift „Oeek und Cloppenburg-Hamburg" entwendet. — In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde aus dem Garten eines Lokals in Walle ein zwei Zentner schwerer Warenautomat der Firma Hartwig u. Vogel, enthaltend ca. 10 RM. Kleingeld und etwa 50—60 Tafeln Schokolade und Bonbons, gestohlen. — Am 17. 1. in der Zeit von 20—24 Uhr wurden aus einem Tanzlokal in Walle ein brauner Mantel ohne Futter, einreihig, mit Riegel versehen, sowie ein brauner Schlapphut mit Zeichen K. H. entwendet. — Beim Ladendiebstahl in einem Warenhause der Faulenstraße, wurde eine 45jährige Frau überführt. In ihrem Besitz wurden Strümpfe, Notizbücher, Zahnpasta, eine Kette und ein Thermometer gefunden. — Festgenommen wurde ein 20jähriger arbeitsloser junger Mann aus Delmenhorst, der Mitte November in Delmenhorst seinem Quartiergeber drei Mäntel entwendet hatte. — Einem Beamten des Polizeihauses ist am 17. 1. ein deutscher Schäferhund, Rücken und Schultern schwarz, sonst gelblich, Kopf schwarz und gelb gescheitelt, mit Kettenhalsband und länglichem Blechschild, auf den Namen „Ali" hörend, in Verlust geraten. Personen, die Angaben über den Verbleib des Hundes machen können, werden gebeten, sich im Polizeihaus, Zimmer 401, zu melden. — Ferner wurden fünf Fahrräder an verschiedenen Stellen der Stadt gestohlen.

Meisterkurse in Bremen. Ende Januar beginnen wieder neue Meisterkurse. Die Kurse werden von der Gewerbekammer veranstaltet; sie dienen zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung und erstrecken sich auf folgende Unterrichtsgebiete: Grundzüge des Reichs- und des bremischen Staatsrechts, die wichtigsten Bestimmungen des bürgerlichen, Handels- und Prozeßrechtes, soweit sie den Handwerker angehen, die Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Genossenschaftsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung. — Der Unterricht findet in der Regel an den Wochentagen und in den Abendstunden statt. Die Teilnehmergebühr einschließlich Unterrichtsbücher beträgt 25 RM. und ist bei der Anmeldung zu entrichten. Anmeldungen werden bis zum 23. Januar in der Kanzlei der Gewerbekammer, Gewerbehaus, Zimmer 5, angenommen.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1 5.90 unverzollt. Roggen: Nord-Russischer 4.85 unverzollt. Gerste: Donau 4.90 unverzollt, La Plata 4.90 unverzollt, Russen 4.95 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 kg. 8.75, dto. 54-5 kg. 8.60, dto. 51-2 kg. 8.40. Mais: La Plata 8.60 verzollt. Donau Galfoz 7.90 verzollt. Tendenz: Fest!

Das Schicksal der Lehrlinge auf der A.-G. Weser

Vor dem Arbeitsgericht erscheinen 46 aufgeregte Eltern, die für ihre Söhne auf Weiterführung des Lehrlingsverhältnisses bei der A.-G. Weser klagen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit so grundlegend verändert, daß von einer Belegschaft von mehreren tausend Mann nur noch einige hundert in diesem Betrieb Arbeit haben. Von dieser Verschlechterung der Lage bleiben naturgemäß auch die Lehrlinge nicht verschont, die zum großen Teil einen langen Zwangsurlaub antreten mußten. Von 300 Lehrlingen fanden sich ungefähr 250 mit der veränderten Tatsache ab, die anderen riefen das Arbeitsgericht zur Entscheidung über die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung an.

Für die Beklagte erschien Baurat Spieß, der zunächst einen der für die Kläger erschienenen Vertreter der NGO., Warnke, beanstandete. Seitens der NGO. seien die Eltern aufgehetzt worden. Er beantrage, diesen Herrn, der einer politischen Organisation angehöre, die vor dem Arbeitsgericht nicht vertretungsberechtigt sei, nicht zuzulassen. Nach einer lebhaften Diskussion, in der der Standpunkt des Mitgliedes der NGO., daß diese Organisation nicht politisch sei und auch keine Satzungen habe, einigermaßen Verwunderung erregen könnte, verkündet das Gericht nach längerer Beratung dann die Entscheidung, daß Warnke in diesem Fall vorläufig zugelassen sein solle, doch dürfe aus dieser Zulassung für die Zukunft keine Forderung abgeleitet werden.

Der A.-G. Weser muß zugestanden werden, daß es bei den wenigen vorliegenden Aufträgen nicht möglich ist, alle Lehrlinge zu beschäftigen. Rechtlich dürfte die Sache wohl so liegen, daß hier der Passus des Vertrages: **„Unvorhergesehene Ereignisse entbinden vom Vertrag"** Anwendung finden kann. Die Sorge der Eltern, ob unter diesen Umständen die Berufsausbildung der Lehrlinge überhaupt noch durchgeführt werden kann, ist natürlich zu begreifen. Gibt es doch im Betrieb Lehrlinge, die im zweiten Jahr lernen und schon ein Jahr beurlaubt sind. Bemängelt wurde von den Eltern, daß die Lehrlinge, die noch im Betrieb sind, nicht mit den Arbeiten beschäftigt werden, für die sie angenommen sind. Ferner auch, daß es, trotz des Versprechens der Direktion der A.-G. Weser, die Lehrlinge auszuwechseln, Lehrlinge in den Betrieben gäbe, die überhaupt noch nicht in Zwangsurlaub geschickt sind. Die Klage sei am 23. November eingereicht worden, am 1. Dezember hätten die **Eltern dann ein Schreiben erhalten, in dem zugegeben wurde, daß die Gelegenheit zu einer planmäßigen Ausbildung immer geringer würde.** Den Eltern sei anheimgegeben, vom Lehrvertrag zurückzutreten. Zu diesem Schreiben habe der Elternausschuß Stellung genommen und sich bereit erklärt, diesem Vorschlag zuzustimmen, wenn die A.-G. Weser jedem Lehrling 1000 RM. Abstand zahlen wolle.

Der Vertreter der Beklagten gab zu, daß es immer noch Abteilungen im Betrieb gäbe, die gut beschäftigt seien, dort brauchten die Lehrlinge naturgemäß auch nicht zu feiern, z. B. im Turbinenbau. Der Vertreter der Direktion erklärte sich bereit, mit Vertretern der Elternschaft zu verhandeln, wie die Auswechslung der Lehrlinge geschehen solle.

Da bei der großen Anzahl der Kläger ein Eingehen auf die einzelnen Fälle vor dem Arbeitsgericht lange Zeit in Anspruch nehmen würde, ist es begrüßenswert, daß die Elternschaft diesem Vorschlag zustimmt.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 20. Januar 1932

14 Nachrichtendienst. 15 Wetterdienst. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16 Mecklebörger Schnurren und Schwänke. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.30 Ein Sackvoll deutsche Wörter (5.). 17.50 Das bunte Programm. 18.30 Was willst du werden, welche Schule mußt du besuchen? 18.55 Siedlungsbilder. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Dichterstunde. 20 Kleines Konzert. 21 Ist Karin Fünfzigtausend wert? 22 Nachrichtendienst. 22.20 Aktueller Dienst. 22.30 Tanzfunk. 23.20 Eisbericht.

Donnerstag, den 21. Januar 1932

6.30 Zeitangabe. 6.45 Wetterdienst. 6.50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7.50 Von der gesunden Entwicklung des Schulkindes. 9 Besuch im Reichsgericht. 11 Alte und neue Tänze. 12.10 Wetterdienst. 12.20 Börsenfunk. 12.30 Mittagskonzert. 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.15 Kriminalmeldungen. 13.20 Funkwerbung. 14 Nachrichtendienst. 15.05 Börsenfunk. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16 Deutsche Jugendstunde. 16.30 Tarifelastizität und Verbindlichkeitserklärung — zwei Gegenwartsfragen. 16.55 Gestalten aus der baltischen Vergangenheit. 17.20 Das bunte Programm. 18.30 Die neue Lebenswelt des Kindes. 18.55 Krebs und Vererbung. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Was muß der Städter von der deutschen Landwirtschaft wissen? 20 Konzert für Blasorchester. 22.15 Nachrichtendienst. 22.35 Aktueller Dienst. 22.45 Tanzmusik. 23.20 Eisbericht.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansklarl von Sichart; für den Anzeigenteil: E. A. Güldner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. — Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Berliner Zeitlupe

Wir setzen an die Spitze eine kleine Notiz, die auf uns (und hoffentlich auch andere, des Denkens und Fühlens nicht Entwöhnte) einen tiefen Eindruck gemacht hat. Wir lasen: „Die Gefahr für Dessau ist jetzt restlos behoben. In vorbildlicher Weise haben sich Reichswehr und SA.-Mannschaften eingesetzt und in stundenlanger Arbeit neue Dämme errichtet." So, so. Reichswehr und SA.-Mannschaften. — Vermissen Sie nichts? Etwa das Reichsbanner? Oder gar Antifa? Nein, Sie vermissen nichts. Denn bei solchen Arbeiten fürs Gemeinwohl haben die Herrschaften Fehlanzeige. Arbeit darf nicht alle werden. Und so ein kleiner Feuerüberfall war unrathsam bei dieser Gelegenheit, wo ja das eigene liebe Leben mit geschützt wurde — durch SA.-Mannschaften. Es wird sich schon wieder einholen lassen. Im Kurfürstendamm-Prozeß wurde festgestellt, daß die NSDAP. um den 12. 9. 31 herum in wenigen Tagen 8 Tote und über 50 Verwundete hatte. Das ist das richtige Feld für Wellblech und Rotfront! Hier sind sie Weltmeister! Uebrigens ist den jüdisch-marxistischen Blättern die Verhandlung im zweiten Kurfürstendamm-Prozeß (im Sklarek-Prozeß kanns ihnen gar nicht langsam genug gehen) wiederum allzu gewissenhaft, und gegen Landgerichtsdirektor Ohnesorge ist die gleiche Hetze im Gange wie vorher gegen Landgerichtsdirektor Brennhausen. Erinnern wir uns, daß bereits drei Tage nach den Schäkereien auf dem Kurfürstendamm das Verfahren gegen die Verhafteten eröffnet wurde, und vergleichen wir damit die Mißhandlung, die im März 1931 ein Reichsbankrat in einer Versammlung demokratischer Polizeibeamter erlitt, bis heute nicht zu einer bemerkbaren Weiterung geführt hat.

Der Kurfürstendamm beging natürlich auch Weihnachten auf seine Weise. Drei Tage vor dem Feste stieg im dortigen Theater Brecht-Weills „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny". Die Personen in diesem „Stück" sind Zuhälter, Säufer, Dirnen, Verbrecher; das Geschehen: Fressen, Saufen, Boxen, Huren; Direktor, Komponist, Publikum, Darsteller waren Juden. Eine ganz eindeutige Sache war auch der Silvesterball, den Mosses „8-Uhr-Abendblatt" in sämtlichen Räumen des Zoo unter der fröhlichen Parole „Die Nacht ohne Krise" veranstaltete. Das trockene Gedeck kostete 9 RM., Eintritt 8 RM. Der bessere Teil des erschienenen Publikums bestand aus den Interessenten der „Massagesalons", die so zahlreich und mit Vorliebe in dem genannten Blatt inserieren. Am 30. Hartungs findet der 42. Presseball statt, auf den wir, wie alljährlich, ein liebevolles Auge haben werden. Der Eintritt kostet 25 RM. Sklareks sollen schon ihre alte Stammloge wieder belegt haben. Wir werden, wie das so üblich ist, alsbald alle erschienenen prominenten Frackträger (Smokingfalle am Eingang!) mit ihrem erlauchten Namen nennen. Außer den Berlinern, von denen heute schon jeder zwanzigste ein Wohlfahrtserwerbsloser ist, werden sicher auch die Deutschen im Lande draußen wissen wollen, was sich heute noch „Auslese der Berliner Gesellschaft" nennt. Vielleicht wird auch der französische Schauspieler Presjean zu sehen sein, der noch heute in Deutschland für 1000 RM. je Abend auftreten darf — eine Gage, die man in Paris nicht zahlen will. Im schönen Gegensatz dazu setzte unlängst ein Lokal deutsche Musiker auf die Straße, die, um beschäftigt zu werden, sich als Ausländer verkleidet hatten, aber vom Wirt als Deutsche erkannt wurden. Jubelnd werden überall in Deutschland „Jack Hylton and his boys" begrüßt. Wen kümmerts, daß die deutsche Kapelle Marek Weber in der Schweiz keine Einreiseerlaubnis erhielt?

Der Morgenwind weht scharf. Wir nannten oben Kurt Weill. Die Berliner Städtische Oper brachte eben von ihm (Deutsche raus!) ein Werk „Bürgschaft", das einen ganz klaren Rückzug von Mahagonny und der Dreigroschenoper darstellt. Nichts ist von Song und Jazz zu finden. Und der Rundfunk hat seine Filmkritik eingestellt. Die war offenbar derart (was wir seinerzeit auf Grund unserer Kenntnis der „Auserwählten" voraussagten), daß sogar (seien wir höflich!) der lammsgeduldige deutsche Hörer zu knurren begann. Nun will ein ehemaliger Ullstein-Filmkritiker einen — Schlagertelfilm schreiben! Sie sind eben mit allen Wassern gewaschen. Beiläufig: der Rundfunkhörer braucht sich, nachdem er von jener kritischen Tortur erlöst ist, nicht einzubilden, daß nun alles in rosa wäre mit seiner Kulturbüchse. Ihm stehen bevor: Gerhart Hauptmann, Thomas Mann und Walter von Molo als Goetheredner. Und namentlich bei Thomas Mann raten wir, ein größeres Fremdwörterlexikon zur Hand zu haben und — für den sprachlichen Schwulst — einen herzhaften Schnaps. Es ist schon manchem schlimm geworden, der ohne diese Vorsichtsmaßregeln sich dem stets ergiebigen Redefluß des großen Thomas aussetzte.

Wenn du im Warenhaus kaufst, vernichtest du den Einzelhandel!

Amtliche Bekanntmachungen

Unter den Viehbeständen der Gehöfte Strom Nr. 39 und Waller Ring Nr. 143 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Gehöfte sind gesperrt.
19. 1. 32. **Polizeidirektion.**

Unter den Viehbeständen folgender Gehöfte ist die Maul- und Klauenseuche erloschen:
1. Rablinghauser Landstraße 54,
2. Steubenstraße 20,
3. Arsten, hinter dem Vorwerk 22,
4. Oberblockland 11.

Die angeordneten Schutzmaßnahmen und die Sperrgebiete an der Rablinghauser Landstraße, an der Steubenstraße und in Arsten sind aufgehoben.
19. 1. 32. **Polizeidirektion.**

Bis zur Neuregelung der Trichinenschau in den Bezirken 25 und 26 (Halbleht) wird die Beschau durch den stellvertretenden Trichinenschauer Franz Both, Fleetrade Nr. 4, ausgeübt.
19. 1. 32. **Polizeidirektion.**

Der Fleischmehlfabrik übergeben: Ein Schäferhund, ein Bastardhund, eine Schäferhündin, ein Schnauzerhund ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden in der Fleischmehlfabrik, Findorff-Allee, sonst wird über die Tiere verfügt.
Polizeidirektion.

Die Arbeiterkammer hat in ihrer Sitzung am 14. Januar 1932 entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen den Vorstand der Kammer für das Jahr 1932 gewählt, und zwar:
Herr Albert Gobe, Bremen, Regensburgerstraße 41, zum Vorsitzer.
Herr Ludwig Gofert, Bremen, Hohenlohestraße 6, zum stellvertr. Vorsitzer.
Herr Otto Otten, Bremen, Grasbergerstraße 63, zum Rechnungsführer.
Arbeiterkammer Bremen.

Gerichtl. Bekanntmachungen

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Dr. jur. Robert Friedrich Heinrich Lampe ist am 5. Januar 1932 nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden.
11. 1. 1932.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Werner Eilers in Bremen findet am
26. Januar 1932, vormittags 9.30 Uhr,
vor dem Amtsgericht Bremen, Gerichtshaus, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 84 (Eingang Ostertorstraße) eine Versammlung der Gläubiger statt mit der Tagesordnung: „Bestimmung einer weiteren Hinterlegungsstelle."
12. 1. 1932.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Im Konkursverfahrer über das Vermögen des Kaufmanns Walter Karl Hilke, alleinigen Inhaber der Firma Walter Stute, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Dienstag, den 9. Februar 1932, vormittags 9 Uhr im Gerichtshaus, 1. Obergeschoß, Zimmer 84, anberaumt.
16. 1. 1932.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Im Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebr. **Rathje** in Bremen ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf
Dienstag, den 9. Februar,
vormittags 9 Uhr,
im Gerichtshause dierselbst, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 84 angesetzt.
11. 1. 1932.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 30. Januar 1932, 9.30 Uhr, an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 24 versteigert werden, das im Grundbuch von Schönebeck Band 1 Blatt Nr. 6 (eingetragener Eigentümer am 10. September 1931, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerkes: Gastwirt Otto Schröder in Schönebeck, jetzt in Bremen) eingetragene Grundstück: Gemarkung Schönebeck Kartenblatt 4 Parzellen Nr. 448-96, 329-97 etc., 330-99 etc., 100, 331-101, 102, Ansbausstelle Haus Nr. 8 in Schönebeck (Wohnhaus mit Stallanbau, Hofraum und Hausgarten, Regelhaus, Veranda, Bühnenanbau), groß 1 ha 72 ar 77 qm, Grundsteuerreinertrag 9,09 Taler, Gebäudesteuernutzungswert 1412 Mark, Grundsteuermutterrolle Art 6, Gebäudesteuerrolle Nr. 9.
27. November 1931.
Amtsgericht Lesum.

Bekanntmachungen auswärtiger Behörden u. Gerichte

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Geestemünde, Band 11 Blatt Nr. 368 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 11. März 1932, 10.30 Uhr, an der Gerichtsstelle, Borriesstraße 12, Zimmer Nr. 16, versteigert werden:

Fabrikgebäude Am Deich Nr. 11 mit Wohnung, Hofraum, Remise und Lagerhaus, Gemarkung Geestemünde, Kartbl. 2 Parzellen 252-4, 253-5, 254-4, 255-4, 256-4, 257-4, 258-4, 259-5, 247-4, zur Gesamtgröße von 18 ar 88 qm, Nutzungswert: 4540 RM., Grundsteuermutterrolle: Artikel 359, Gebäudesteuerrolle: Nr. 8.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Dezember 1931 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Kaufmann Louis Schramm in Wesermünde-Lehe eingetragen.
16. 1. 1932.
Amtsgericht Wesermünde-Geestemünde.

Flotter Stenograph u. Maschinenschreiber. Stenographie
400-420 Silben in der Minute
sucht per sofort wegen Wohnungsveränderung Stelle in Bremen im Anwaltsbüro o. sonstigen Betriebszweigen. Ang. an d. Verlag d. Bl.

Obst, Südfrüchte
Konserven
Siebert Burhenne
Ostertorsteinweg 5, Tel. D. 27415

Die glückliche Geburt ihres Sohnes

Gerd

zeigen hocherfreut an

Herbert Scharrelmann und Frau
Doris, geb. Surmann

Bremen,
Ilmenaustraße 31

Flammenwerfer
Folge 1/1932
soeben erschienen!

Der Flammenwerfer erscheint nun schon im 2. Jahrgang. Millionen und Millionen dieser neuen Kampfzeitung der Bewegung sind in den letzten Monaten ins Land hinausgegangen; im neuen Jahr muß die Verbreitung des Flammenwerfers in noch intensiverer Weise erfolgen. Die soeben vorliegende Folge 1 ermöglicht dies in ganz ausgezeichneter Weise.

Wir klagen an!

So lautet die Überschrift; 46 Tote und 6189 Verwundete hat unsere Bewegung im Jahre 1931 zu beklagen. Volksgenossen! Schafft Aufklärung! Sorgt dafür, daß die rote Mordpest überall restlos erkannt, und sorgt dafür, daß sie ausgerottet wird! Der weitere Inhalt ist — wie immer — äußerst interessant und aufklärend zusammengestellt. U. a.

Vom zweiten Mann zur Eisernen Front!
Munitionsarbeiter waren Kriegsgewinnler!
Deutschnationale verhöhnen den deutschen Arbeiter.
Vom Bonzen / Gebt uns die Macht!
Wozu Geld da ist!
und vieles andere mehr!

Parteigenossen! Deutsche Volksgenossen!
Verbreitet die neue Folge des Flammenwerfers in Massen! Keine Wohnung, keine Werkstatt, keine Lesehalle darf ohne Flammenwerfer sein! Alle Bevölkerungsschichten müssen aufgeklärt werden!

Bestellt sofort! Bestellt sofort!
Die infolge weiterer Druckkostenherabsetzungen usw. ermäßigten Preise sind wie folgt festgesetzt:

1-kg-Drucksache, ca. 50 Stück, einschl. Porto	RM.	2.—
2-kg-Päckchen, ca. 100 Stück, einschl. Porto	RM.	3.30
5-kg-Paket, ca. 300 Stück, einschl. Porto	RM.	9.—
jed. weit. 5-kg-Pak., ca. 300 Stück, einschl. Porto	RM.	8.50
20-kg-Eilfrachtkolli, ca. 1000 Stück, frachtfrei	RM.	26.—
jed. weit. 20-kg-Eilfrachtkolli, ca. 1000 Stück, frachtfrei	RM.	27.50
jed. weit. 20-kg-Eilfrachtkolli an eine Anschrift, ca. 1000 Stück, frachtfrei	RM.	26.—

Bei Abnahme von über 5000 Exemplaren an eine Anschrift pro Stck. 1,4 Pf., bei Zusendung mittels gewöhnlicher Fracht.
Lieferzeit je nach Entfernung bis zu 12 Tagen vom Tage des Eingangs der Bestellung an gerechnet.
Lieferung nur geg. Voreinsend. des Betrages; kein Versand in Rechnung oder gegen Nachnahme.
Bestellung auf Postkartenabschnitt genügt!

Zentralverlag der N. S. D. A. P.
Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München 2 NO
Postscheckkonto München 11346

Von den früher erschienenen Folgen 2 (für Preußen verboten!) und 3 des Flammenwerfers ist noch ein kleiner Rest lieferbar. Es kommen jedoch nur 5-kg-Pakete zum Preise von RM. 8.—, 20-kg-Frachtkolli zum Preise von RM. 25.— und 100 kg zum Preise von RM. 60.— zum Versand! Abgabe nur gegen Vorauszahlung! Lieferungsmöglichkeit vorbehalten.
Eher-Verlag.



Mitgliederversammlung

Heute, den 20. Januar, Beginn 20.30 Uhr im großen Casino-Saal. Einlaß nur gegen Ausweis. Erscheinen ist Pflicht.

NSDAP, Ortsgruppe Bremen

Gebt die BNZ weiter!

Verschiedenes
Abnehmer für gute und preiswerte
Landwurst
gesucht.
Anfragen Kol. 4073

Wer liefert **Bücherschrank** gegen Schneiderarbeit? Off. u. N 273

Unterstellraum für Motorräder u. Lieferwagen
Werkbank und Werkzeug für Selbstreparatur z. Verfügung
Buntentorsteinweg 68
Einfahrt

Berücksichtigt die Inserenten unserer Zeitung

Wo kauft der Nationalsozialist?

Anmeldung für den 3. Nachtrag bis zum 21. Januar unt. D. 25878 (Anzeigen-Abt.)

Heute, 20. Januar, 20.30 Uhr
Jürgens Holz, Oberneuland
öffentl. Versammlung

Freimaurertum und Bolschewismus die Polypen Deutschlands
Pg. Bergmann, Oldenburg

Eintritt 30 Pfg.
Erwerbslose 10 Pfg.

NSDAP
Ortsgr. Oberneuland

Stadttheater
Heute
Mittwoch, 19.30 Uhr, Ende ungef. 23 Uhr, 101. Abonnem.-Vorst.
Margarethe
Oper von Ch. Gounod
Donnerstag, 20 Uhr
102. Abonn.-Vorstellung
Die Kaiserin
Freitag, 20 Uhr, 103. Abonn.-Vorstellung
Erste Vorstellung im Wagner-Zyklus.
Der Ring des Nibelungen
Vorabend
Das Rheingold
Sonnabend, 18.30 Uhr
104. Abonnements-Vorstellung
Zweite Vorstellung im Wagner-Zyklus.
Erster Tag
Die Walküre

Die Abonnementsrate ist fällig!

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters
Mittwoch, 20.15 Uhr
Wegen Erkrankung im Personal statt **Robert und Bertram**
der unverwüstliche Schwank
Charleys Tante

Schauspielhaus
Heute
8, Ende 10.35 11. Sonderabonn.
Ein Abend von überwältigendem Eindruck
Der Graue
Schauspiel von Friedrich Forster
Donnerstag
Der Graue
Freitag, 12. Kammerspiel „Freitag"
Die bedeutendste Erscheinung des Jahres
Triumphaler Erfolg am Staatstheater, Berlin, Schauspielhaus München und Nationaltheater, Mannheim
Rauhnacht
Schauspiel von Richard Billinger
Sonnabend, abends 8 Uhr
Der Graue

Möbel
Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer
Einzelzimmer
Große Auswahl, billig
B. Schmidt
Roland 4499 / Altenweg 4

Wußten Sie schon, daß **Pg. R. Steinke** beste Maßkleidung zu äußersten Preisen arbeitet SA-, SS-Maßbreeches sehr preism. Maßschneiderei Goethestraße 28 H. 420 29, Zahlungserleichterung

Stadttheater
Sonntag, den 24. Januar, 20 Uhr (außer Abonn.)
Die grandiose Operetten-Revue
Die drei Musketiere
Preise: 80 Pfg. bis 5.50 Mk.

Gib Dein Kampfblatt weiter

Volk und Wirtschaft

Wirtschaftskampf gegen Frankreich

Von Dr. Rudolf Albert

Unstreitig ist Frankreich heute die stärkste politische und militärische Macht der Erde, deren wirtschaftliche Kraft ebensosehr durch die Gunst der Verhältnisse wie durch ökonomischen Imperialismus errichtet ist, der nationalen Instinkten folgend andere Volkswirtschaften oder Teile davon in Abhängigkeit zu bringen sucht. Deutschlands Erfüllungspolitik war die beste Mästung für die wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Frankreichs; denn die Tribute schufen den großen Goldhort, dessen magische Kraft die Bank von Frankreich zu einer modernen Zwingburg für Wirtschaft und Währung der verschiedenen Völker ausbaute. Die Wirtschaftsmacht Frankreichs beruht also auf der Beherrschung eines ungeheuren Goldvorrates, mit dessen Hilfe es politische und wirtschaftliche Fesseln insbesondere um Deutschland gelegt hat, und es muß deshalb für uns eine Selbstverständlichkeit sein, daß alle Mittel in Bewegung zu setzen sind, die auf irgend einem Wege die gallische Vormacht zu erschüttern geeignet sind. Als wichtigste Voraussetzung eines Wirtschaftskampfes gegen Frankreich ist zunächst die Einstellung aller Tributzahlungen zu nennen, um wenigstens von dieser Seite aus dem Goldmoloch den Zufluß zu verstopfen. Es ist mindestens sehr unklug, daß ausgerechnet ein Teil der deutschen Oeffentlichkeit allzusehr auf die französischen langfristigen Schulden an Amerika hinweist. „Reparationen" und interalliiertes Schuldenproblem verbinden zu wollen, war immer nur das Interesse der Tributempfänger. Uns kann es nur recht sein, daß der französische Haushalt auch unproduktive Passiven aufweist, über deren Abtragung man sich in Paris den Kopf zerbrechen mag.

Ist das Ende der Erfüllungspolitik die Voraussetzung eines Kampfes gegen den französischen Wirtschaftsimperialismus, so gilt es dann, die ökonomische Machtstellung Frankreichs selbst anzugreifen. Das vielleicht wichtigste Mittel dazu ist die

Loslösung Deutschlands vom Goldstandard.

Je mehr Länder von der Goldwährung abgehen, desto illusorischer wird die Macht des Pariser Goldhortes. Frankreichs Angriff auf das englische Pfund war ein ebenso deutliches Beispiel für die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel aus politischen Gründen, wie die Abziehung der Guthaben im Mai bis Juli 1931 aus Deutschland, die übrigens zum großen Teil auch eine Folge der Kündigung von Nostroguthaben gewesen ist, die französische Banken in England, Amerika usw. unterhielten. England verstand es jedenfalls, eine Antwort an Frankreich zu geben, deren Kostspieligkeit selbst Paris sich nicht wieder wünschen wird, wenn es sie auch verschmerzen kann. Je mehr Länder von der Goldwährung abgehen, desto weniger kann Frankreichs Goldmacht Währungen untergraben. Für Deutschland könnte darin das Ende der gegenwärtigen Deflation bestehen, deren Nutznießer ja auch Frankreich ist. Auf alle Fälle hat Deutschland ein Interesse daran, den Wert des Goldes zu mindern. Es muß deshalb alles tun, was von der währungspolitischen Seite die Nachfrage nach jenem Edelmetall verringert. Je mehr Staaten den gleichen Weg gehen, desto besser. Eigenes Verschulden wird jedenfalls nicht durch fremde Unterlassung gerechtfertigt, deren Begründung mit der deutschen nicht identisch sein wird.

Deutschland muß jedes Mittel ergreifen, das Frankreichs Interesse zuwiderläuft.

In der Handelspolitik ist Deutschland in der glücklichen Lage, mit Frankreich eine sehr deutliche Sprache sprechen zu können, weil es nur geringe Rücksichten auf die deutsche Ausfuhr nach der benachbarten Republik zu nehmen braucht. Frankreich kauft bekanntlich von Deutschland nur Güter, in denen es auf uns angewiesen ist, und lenkt den Bedarf sofort nach einer anderen Produktionsstätte, sobald es den verfaßten Nachbarn ausschalten kann. Dieser Zustand gibt uns die notwendige Bewegungsfreiheit. Unsere Einfuhr aus Frankreich besteht fast ausschließlich aus Luxuserzeugnissen, auf die entweder verzichtet werden kann oder die aus anderen Volkswirtschaften bezogen werden können, soweit ihre Produktion nicht überhaupt in Deutschland möglich ist. Weine, Seide und kosmetische Artikel, um nur einige Beispiele für die hauptsächlichste deutsche Einfuhr aus Frankreich zu nennen, sind jedenfalls keine Warengattungen, die zu einer volkswirtschaftlichen Abhängigkeit zwingen könnten. Gerade der vorzugsweise Luxuscharakter der französischen Importware nach Deutschland erleichtert den Entschluß zum Wirtschaftskampf gegen Frankreich auf dem Wege der Zollpolitik und der Einfuhrverbote. Die Rohstoffe, welche Deutschland aus französischen Kolonien bezieht, können ausnahmslos aus anderen Gebieten gekauft werden. Die Reaktion einer Einfuhrdrosselung französischer Waren auf den deutschen Exportmarkt könnte ganz gewiß durch Ausfuhrsteigerung nach denjenigen Ländern ausgeglichen werden, die ersatzweise Rohstofflieferungen vorzunehmen hätten, insbesondere wenn künftig bei Abschlüssen von Handelsverträgen zielbewußt und energisch deutsche Interessen vertreten werden. Eine geschickte Handelspolitik wird übrigens den Versuch zu machen haben, die Konkurrenz auf denjenigen Märkten zu verschärfen, die französische Waren bevorzugt aufnehmen, wie z. B. der ganze Orient, insbesondere der Balkan, aber auch China. Gewiß würde die Aufgabe in erster Linie privater Initiative zuzufallen, doch können staatliche Förderung und staatlicher Einfluß viel zu ihrem Gelingen beitragen.

Das Ende der Reparationen, der Angriff auf den Wert des französischen Goldhortes, dessen dämonischer Imperialismus mindestens überwunden werden könnte, sowie eine von nationalwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehende Handelspolitik müßten die ökonomische Vormachtstellung Frankreichs erschüttern. Hat die französische Wirtschaft Verluste zu erleiden, so können die Rückwirkungen auf die Politik nicht ausbleiben, und

für Deutschlands Wiederaufstieg ist nun einmal notwendige Voraussetzung, daß Macht und Einfluß Frankreichs zusammenschrumpfen.

Die neuen Postgebühren

Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschlossenen Ermäßigung der Inlandsgebühren für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete treten, wie bekannt, mit dem 15. Januar in Kraft. Es werden ermäßigt die Gebühren für den Fernbrief bis zu 20 Gramm von 15 auf 12 Rpf., also um 20 v. H., für den Fernbrief von 20—250 Gramm von 30 auf 25 Rpf., also um 17 v. H., für die Fernpostkarte von 8 Rpf. auf 6 Rpf., also um 25 v. H. Für die Paketgebühren beträgt die Ermäßigung durchschnittlich 20 v. H. Die neuen Inlandsgebühren für Briefe und Postkarten gelten auch im Verkehr mit dem Saargebiet, der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich.

Konkurs-Rekord im Jahre 1931

Ein erschütterndes Bild über die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft geben die Insolvenzziffern. Hatte bereits 1930 mit 11 449 Konkursen und 7181 Vergleichsverfahren nahe an das Schreckensjahr 1926 (12 238 Konkurse, 7843 Vergleichsverfahren) herangereicht, so stellt das Jahr 1931 mit 3588 Konkursen und 8635 Vergleichsverfahren einen neuen Rekordstand dar.

Die Zahl der eröffneten Konkurse hat gegenüber 1930 um 17, die der eröffneten Vergleichsverfahren um 20 Prozent zugenommen. Dazu kommen noch etwa 1935 (1930 1640, 1929 1400) mangels Masse abgelehnte Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens. Konkurse und Vergleichsverfahren wurden eröffnet über Textilfirmen 5224 (Vorjahr 4390), Schuh- und Lederfirmen 1195 (1099), Lebensmittelfirmen 3934 (3213), Tabakfirmen 320 (348), Sprit- und Weinfirmen 767 (671), Eisen-, Maschinen- und Metallfirmen 2231 (1757), Holzfirmen 1623 (1416), Elektrofirmen 466 (350), Landwirtschaftliche Betriebe 695 (437), Bankfirmen 1184 (885), Papierfirmen 529 (323), Chemikalienfirmen 517 (398) und über 262 (199) Banken.

Legt man die Struktur der insolvent gewordenen Firmen zugrunde, so ergibt sich eine Steigerung der Konkurse und Vergleichsverfahren bei Aktiengesellschaften um 181, bei GmbH. um 330, bei Kommanditgesellschaften um 91, bei Genossenschaften um 91, bei offenen Handelsgesellschaften um 312.

Jüdische Gaunergewinne

Ehape erzielte für das Geschäftsjahr 1930-31 einen Bruttogewinn von 16,87 Millionen (im Vorjahre 14,39 Millionen). Bei 11,44 (10,83) Millionen Unkosten betrugen die Steuern und Abgaben 2,04 (1,32) Millionen, Zinsen beanspruchten 0,92 (0) Millionen. Abschreibungen 1,67 (1,39) Millionen. Aus dem danach verbleibenden Reingewinn von 962 766 (798 289) Mark wurden wieder 8 Prozent Dividende verteilt. Der Umsatz stieg von 59,2 auf 71 Millionen Mark an. Die Vorräte sanken von 6,85 auf 6,74 Millionen Mark. Das Filialnetz wurde durch Fertigstellung der bereits in Angriff genommenen Objekte um 8 auf 73 Hauptfilialen und um 1 auf 47 Kleinfilialen erweitert.

Man sieht, das Ramschgeschäft lohnt sich noch!

Hyänen am wirtschaftlichen Trümmerhaufen

Im amtlichen Anzeiger veröffentlicht die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe die Liste der für 1932 für das Hamburger Staatsgebiet amtlich anerkannten vereidigten Versteigerer. Die Liste weist diese Namen auf:

Louis Cohen in Fa. L. Cohen; Ernst Felix Ehrenhaus; Theodor E Elsas; Arnold Hagenow; Viktor Frank; Sigmund Lion; Fritz Gerstenkorn; Hinrich Meiere in Fa. Rosendahl.

Die Gojim scheinen tatsächlich nicht die nötige Redegewandtheit für dieses Gebiet zu haben.

Endlich!

Die neuen Küstenkohlentarife.

Berlin, 18. Jan. In Verbindung mit der Tarifsenkungsaktion im Rahmen der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 führt die Reichsbahn vom 16. Januar ab, wie bereits kurz berichtet, auch eine Ermäßigung der Frachtsätze der Küstentarife für Kohle durch. Die Tarife sehen bekanntlich neben der Kohle zum Ortsverbrauch im Küstengebiet auch Bunkerkohle und Ausfuhrkohle vor.

Für Ruhrbergbau und Ruhrarbeiterschaft bedeutet diese Maßnahme eine gewisse Besserung.

Eine „bessere" Dame

Sie kommt mit 500 000 Mark nicht aus

Die Witwe des früheren Präsidenten und Generaldirektors der AEG., Frau Felix Deutsch, bezieht eine Witwenpension von 500 000 Mark. Außerdem besitzt sie ein Privatvermögen von 14 Millionen Reichsmark. Um den Abbau einer Anzahl besonders tüchtiger Beamten und Angestellten vermeiden zu können, trat die Leitung der AEG. an die Millionärin mit der Bitte heran, in eine vorübergehende Kürzung ihrer Pension einzuwilligen. Das lehnte Frau Deutsch nicht nur ab, sondern sie ließ sofort durch einen Rechtsanwalt eine Klage wegen kürzungsloser Erfüllung ihres kontraktlichen Pensionsgeldes androhen.

Ringender Mittelstand

Die ruinöse Umsatzsteuer

Vermehrte Schwierigkeiten im Einzelhandel

Um den Haushaltsetat des Deutschen Reiches zu sanieren, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die Umsatzsteuer von 0,85 Prozent auf 2 Prozent erhöht.

Diese Verordnung wird diejenigen wenig kümmern, die dem Geschäftsleben fern stehen, die besonders von den Sorgen und Nöten des Einzelhandels keine Ahnung haben. Niemals würde ein Mann aus den Schichten des Mittelstandes es wagen bezw. verantworten können, als Minister eine solche Verordnung gutzuheißen. Es gibt in unserem Vaterlande auch noch andere Mittel und Wege, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Die breite Masse sieht nur den äußeren „Glanz" des Einzelhändlers, sieht die Menge der im Verkaufsraum lagernden Waren, sieht, wie der Geschäftsmann das Geld einnimmt, beobachtet Renovierungen und evtl. Neuanschaffungen und bildet sich auf Grund dessen eine irrige Meinung. Daß die evtl. Renovierung oder Neuanschaffung der verzweifelte Versuch ist, Kunden neu zu werben bezw. Kunden zu halten, daran denkt keiner. Niemand weiß auch, wie verzweifelt mancher Geschäftsmann abends „Kasse macht", wie er über seinen Rechnungen sitzt und grübelt, seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Ist es zum Verwundern, wenn Einzelhändler mit einer nie gekannten Gleichgültigkeit den Dingen ihren Lauf lassen, es zu Mahnungen, Gerichtsverhandlungen, Pfändungen und zuletzt sogar bis zum Offenbarungseid treiben lassen? Sehen nicht schon heute eine Unmenge Einzelhändler dem Untergang entgegen, leben nicht schon die meisten von der sogenannten Substanz oder wohl treffender gesagt, von dem ihnen gewährten Kredit? Man mag sich bei den Systemparteien dessen bewußt sein, wer Hand an die mittelständlerischen Existenzen legt, der rüttelt an den Grundmauern Deutschlands.

Noch ein offenes Wort an unsere Arbeiter. Eines werden sie nicht abstreiten können, wenn einer dem Arbeiter auch in den schwersten Zeiten zur Seite stand und auch heute noch steht, so ist es der Einzelhandel! Jeder Arbeiter, der seinen Verpflichtungen bei seinem Kaufmann nachkommt, genießt Kredit, mag er erwerbslos sein oder nicht, immer wieder half und hilft ihm heute noch sein Einzelhändler. Wieviele Millionen sind dem gesamten Einzelhandel durch Vertrauensbruch verloren gegangen und gehen ihm heute noch verloren! Und nicht nur der Arbeiter, auch der Angestellte und Beamte genießt größtenteils Kredit des Einzelhandels. Was der kleine Geschäftsmann freiwillig an unsere Erwerbslosen und Aermsten gibt, wiegt hundertfach das auf, was Großbetriebe unter Tamtam an Feiertagen oder aus bestimmten Anlässen geben.

Die Grenze des Möglichen ist mit diesen 2 Prozent Umsatzsteuer überschritten, sie bleibt unhaltbar und wird auch wieder abgeschafft werden müssen.

Nutznießer der Notverordnung

Jud' Michaels neue Grundstücksmanipulationen

Die berüchtigte Gestalt aus der Inflations- und Rentenmarkzeit, Jakob Michael, tritt wieder einmal an die Oeffentlichkeit.

Jakob Michael kaufte bekanntlich während der Inflationszeit eine Unmenge Grundstücke auf, deren Hypotheken er damals löschte. Bei der Stabilisierung verteilte er die erworbenen Grundstücke auf 57 Grundstücksgesellschaften, um den Vorteil der Verkaufs- und Zuwachssteuer-Ersparnis nach sich zog. Durch den allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang arbeiteten jedoch nun einige Gesellschaften mit Verlust. Daher trug sich Michael mit dem Gedanken, alle diese 57 Gesellschaften in eine zusammenzuschließen oder zu liquidieren. Durch die Umorganisation wären Grunderwerbssteuern, Wertzuwachssteuern und Körperschaftssteuern fällig geworden, die bis jetzt den Hinderungsgrund einer Fusion oder Liquidation bildeten.

Nach der vierten Notverordnung ist aber nun die Möglichkeit gegeben, die Liquidation von Grundstücksgesellschaften im wesentlichen steuerfrei durchzuführen. Gleich gründete Michael mit einem kleinen Kapital die Concentra Grundstücksverwaltung G. m. b. H. in Berlin, die nun bei sämtlichen Abwicklungen zum Liquidator bestellt werden soll. Die bekannteste dieser 57 Gesellschaften, die Terra AG. für Grundbesitz in Berlin, mit einem Kapital von 400 000 Mark bei einem Komplex von etwa 40 Grundstücken hat den Liquidationsbeschluß bereits gefaßt.

Wenn die „Frankfurter Zeitung" einmal schrieb, daß „der Konzern J. Michael und Co. in starkem Maße auf Zinsgewinn und mehr geldmäßige als industrielle Kalkulation eingestellt sei", so hat man heute den erneuten Beweis hierfür.

Während die Notverordnung der deutschen Wirtschaft unerträgliche Lasten aufs neue auferlegt hat, benützt der Jude Michael die Vergünstigungen dieser Notverord

Stresemann aus der Mode

Berlin. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das am Freitag tagte, erblickt in der Tributfrage das größte Hindernis für die Weltwirtschaft, da sie einen freien Warenaustausch unmöglich macht. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in den letzten Tagen haben durch Maßnahmen der franz. Regierung Störungen erlitten.

Gib Dein Kampfblatt weiter

Aus Bremen Stadt und Staat

Weltwende

Ueberfüllte Versammlung in den Centralhallen mit Pg. Bürger-Berlin

Wieder einmal konnten die Centralhallen die Menschenmassen kaum fassen, die alle gekommen waren, um über die Frage: Was wird? sich Auskunft einzuholen. An Stelle des verhinderten Pg. Engel sprach der alte, unermüdliche Berliner Vorkämpfer Pg. Bürger. Wegen Raummangels sind wir leider nicht in der Lage, die außerordentlich sachlichen und weitgehenden Ausführungen eingehend zu bringen, wir können uns deshalb nur an die Hauptpunkte des Abends halten.

Wir stehen an einer Weltenwende, am Endes eines kapitalistischen Systems, das einmal vielen lieb war, daß aber heute die Menschen nicht mehr ernähren kann, denn trotz Warenfülle, Rohstoffen und Nährstoffen herrschen Hunger, Not und Elend. Hier beginnt der Sturz und mit dem System fallen alle, die auf seiner Grundlage stehen. Hier ist auch die Kluft zwischen uns und der nat. Opposition, hier ist nichts zu flicken und zu heilen, wir allein haben restlos die Konsequenzen gezogen.

Herr Brüning, Arzt und Repräsentant dieses Systems, ergreift Maßnahmen, von denen wir nur feststellen können, daß fast alles restlos vorbeigegangen ist, der Patient, Deutschland, ist kranker als vorher, da die wahre Krankheitsursache nicht erkannt werden sollte. Neben Brüning steht Karl Severing, der ehemalige Kämpfer des sozialdemokratischen Arbeiters als Verteidiger des modernen Kapitalismus, den er mit der Autorität und mit der Macht von heute schützt und stärkt. Auch er wird unweigerlich mit hineingerissen in den Strudel des Zusammenbruchs. Um diese unvermeidliche Tatsache abzuwenden, konstruiert man, propagiert man nun eine sogen. „Eiserne Front", genau wie man einmal die Staatspartei kreierte. Wir lachen, und fürchten nichts. Denn wir wissen zu genau, daß derjenige, der sich für Pfründe einsetzt, niemals als Idealist seinen vollen Einsatz in die Wagschale werfen will. Alle fassen sie schnell noch einmal tüchtig in die Kasse, um dann zu verschwinden. —

Der dritte Exponent des Weltkapitalismus ist die KPD. in Deutschland. Besteht für uns eine Spanne der Beurteilung von zwölf Jahren, so haben jene eine politische Vergangenheit von 70—80 Jahren, denn sie sind ja eigentlich nichts anderes als die Fortsetzung der alten Sozialdemokratie. Jetzt, wo alles kracht, soll der Kommunismus die Herrschaft der Weltfinanz stabilisieren.

Das ganze Volk krümmt sich in Not und Elend, 97 Prozent des Volkes, aus allen Ständen und Berufsschichten tragen die Fron des internationalen Finanzjochs. Da drängt sich die Frage auf: Weshalb sollen diese Massen nicht in der Lage sein, gemeinsam diesem System den Tod zu geben? Die Sklavenhalter haben ihre Schergen, die dafür zu sorgen haben, daß die Kräfte im Volk zerrissen und gebrochen, niemals gemeinsam die Ketten brechen sollen. Und hier ist der tüchtigste Zubälter der Kommunismus, der anscheinend nur einem Stande, nicht dem Volke, helfen will.

Wo es aber einer Bewegung gelingt, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, da sind sie sich alle einig im Terror und Haß, da schreien die Hüter der Demokratie: Lieber nicht wählen, weil sie genau wissen, daß wir ihnen in kurzer Frist, die noch bleibt, die Stimmzettel um die Ohren schlagen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergehen soll. —

Oftmals unterbrochen von lebhaftem Beifall, zeigte Pg. Bürger an treffenden Beispielen die ganze geschichtliche Entwicklung zur heutigen Katastrophe und dessen Helfershelfern und Stützen.

Der Nationalsozialismus will und wird dies Schicksal wenden. Der Wirtschaft will er ein unabhängiges Blut geben, sind wir als erstes Volk frei vom Gold, dann hat die Stunde des Goldes geschlagen, dann sollen jene bei ihren Goldklumpen verhungern, wenn sie nicht positive Arbeit leisten wollen.

Und weil der Kampf gegen die Gewaltigsten der Erde geht, darum ist der Kampf so schwer.

Wir werden das Denken des Menschen umformen, den schwarzen, den weißen, aber auch den eigenen Juden endgültig ausrotten müssen. Deshalb werden wir mit aller Staatsautorität, bis zur letzten Konsequenz, den Satz: Gemeinnutz vor Eigennutz durchführen. Wir werden durch Siedlung und Urbarmachung durch eine Nationalwirtschaft das Volk entproletarisieren. Wenn die Gemeinschaft nur umlernt, sie wird alles können.

Heute haben wir nur die Aufgabe, an den Führer zu glauben, ein Vertrauen, das man zu gerne erschüttern möchte. Aber wir sind stolz auf diesen Führer, immer hat er Recht behalten.

Das Jahr 1932 will von uns Opfer und Kampf. Jeder hilft, jeder arbeitet an seiner Stelle, so sind wir die große Lawine, die alles zerbricht, das auf dem Wege des Aufstiegs uns entgegentritt. Wir sind die Einheitsfront des deutschen Volkes.

6,16 Millionen Mark Unterbilanz

Bilanzverschleierung beim BKWV.

Die Bremer Konsum- und Wirtschafts-Verbraucher-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Bremen, die bekanntlich Mitte Dezember 1931 nach dem Zusammenbruch der Beamtenbank, e. G. m. b. H., Bremen, ebenfalls in Konkurs gegangen ist, hatte für die erste Gläubiger-Versammlung eine Konkurseröffnungs-Bilanz aufgemacht, die mit einer Unterbilanz von 6,16 Millionen RM. abschließt. Eine Forderung der Beamtenbank, e. G. m. b. H., Bremen, wird dabei allein mit 6,12 Mill. RM. aufgeführt. Die Verbraucher-Genossenschaft fungierte als reine Holding-Gesellschaft für den Bremer Konsum- und Wirtschaftsverein, A.-G., der bekanntlich kürzlich erfolgreich sein Vergleichsverfahren durchgeführt hat. Aus dem Bericht des Konkursverwalters ist zu entnehmen, daß der Aktienbesitz der Verbrauchergenossenschaft in der Bilanz per 31. März 1926 mit 442 900 RM. ausgewiesen war. Darin sind die Neuanschaffungen nach Uebernahme der Majorität mit enthalten. Am 31. März 1923 standen die genannten Aktien jedoch nur mit 357 609 Rm. zu Buch. Der Vorstand der Genossenschaft hat eine Eintragung zum Effekten-Konto wie folgt vorgenommen: Per Effekten-Konto an Gewinn- u. Verlust-Konto: Gewinn auf Effekten-Konto 85 290 RM. Nur durch diese Buchung konnte der Gesamtbesitz an Effekten auf 442 900 RM. gebracht werden, eine Bilanzverschleierung gefährlichster Art. Am 30. Juni 1928 hat die Verbraucher-Genossenschaft eine überaus schwerwiegende Bürgschaft zu Gunsten der Beamtenbank übernommen für alle Forderungen, die die Beamtenbank gegen den Bremer Konsum- und Wirtschaftsverein, A.-G. in Bremen, das Importhaus für deutsche Beamte, G. m. b. H., Bremen, und das Hanseatische Importhaus van Daak u. Co., G. m. b. H., in Bremen, hatte. Das völlige Versagen der Leitung der Beamtenbank und die starke Verschuldung des BKWV., A.-G., und der Verbrauchergenossenschaft gegenüber der Beamtenbank zog diese Organisation in den Zusammenbruch mit hinein. Ein Verschulden der Leitung der Verbraucher-Genossenschaft wird im Konkursbericht ohne weiteres festgestellt. In erster Linie gilt das von der Uebernahme der Bürgschaft, die nach den vorliegenden Anmeldungen eine Schuldenlast von annähernd sechs Millionen RM. gezeitigt hat. Unrichtig und verhängnisvoll war die Meinung der leitenden Köpfe, es könne die Beherrschung einer nicht gemeinnützigen, sondern auf Erwerb eingestellten Kapital-Gesellschaft erfolgreich zum Blühen einer Genossenschaft und zum Wohl der Beamtenschaft beitragen. Ein beeidigter Bücherrevisor hat Buchungen festgestellt, die er für völlig unzulässig hält und als Bilanzverschleierung ansieht. Es schwebt bereits ein Strafverfahren, das sich im Stadium der Voruntersuchung befindet. Die Frage der Regreßpflicht hinsichtlich Vorstand und Aufsichtsrat wird noch näher geprüft werden, wenn der Tatbestand restlos geklärt ist. Konkursverwalter und Gläubigerausschuß wurden von den Gläubigern in ihren Aemtern bestätigt. Die Aussprache, zu der zahlreiche, den Beamtenkreisen angehörende Genossen erschienen waren verlief ruhig und sachlich, da man auf Grund des in der Gläubigerversammlung entwickelten Bildes die Einsicht gewonnen hatte, wie bitter sich die Verkettung einer Beamten-Organisation mit allgemeinen wirtschaftlichen Unternehmungen rächt. — Ob man nun daraus lernen wird?

Gleiches Recht für alle?!

Die schönen Rechte, die jeder deutscher Staatsbürger nach der Reichsverfassung besitzt, sind schon durch soundsoviele Notverordnungen überholt. Durch die letzte Notverordnung vom 8. Dezember wurde auch das Tragen einheitlicher Kleidung politischer Verbände verboten. (Also auch für das Reichsbanner.) Nachdem der von Herrn Brüning ausdiktierte Weihnachtsfriede abgelaufen war, während dessen die NSDAP. zwei Tote auf Kosten der Marxisten zu beklagen hatte, setzte von allen Seiten wieder eine rege Versammlungstätigkeit ein. Die SPD. bildete, nachdem der 2. Mann nicht mehr zog, die sogenannte „Eiserne Front" (im Volksmund „Wellblechfront" genannt). Um nun auch dem nationaldenkenden Einwohner von Aschwarden und Neuenkirchen zu zeigen, daß sie (nämlich die Wellblechfront) da ist, wurden am Sonntag zwei öffentliche Versammlungen einberufen. Nachmittags in Aschwarden und abends in Neuenkirchen. Man hatte sich einen systemtreuen Redner aufgegabelt, der in jeder Versammlung denselben Blödsinn redete. Das ganze Reichsbanner des Kreises hatte für diesen Sonntag Dienst und mußte die Versammlungen füllen, denn sonst hätte der Redner ja, da sonst keine Zuhörer anwesend waren, den kahlen Wänden erzählen müssen, daß Hitler nun bald die Macht übernehmen würde und sie (die Wände) wohl die längste Zeit gestanden hätten, denn dieser Hitler besitzt ja eine kolossale Zerstörungswut usw. Wir kennen ja schon diesen Schmus. Zur Bequemlichkeit hatte man sich einen Lastwagen mit Anhänger gemietet, der die Genossen von Blumenthal-Vegesack in die Marsch verfrachtete. Lastwagenfahrten sind ja verboten, aber wer sieht denn da nach, wenn das „friedliche" Reichsbanner mal einen „Ausflug" macht. Und das Uniformtragen ist ja auch verboten, aber was macht es denn aus, wenn sämtliche Genossen die gleiche Windjacke anhaben, dazu an der Mütze den Sturmriemen tragen? Wer es nicht sehen will, kann ja wegguken. Der Genosse Dehnkamp hat zur Vervollständigung sogar seinen Brotbeutel nicht vergessen. Na, uns interessiert die Sache ja weiter nicht, wenn nicht die Nationalsozialisten schon eingebunkert würden, sobald man sie bei einer Kraftwagenfahrt mit vollständig geschlossenem Wagen erwischt. Damit wir uns beruhigen, bitten wir ganz höflichst den Sozialdemokraten, Herrn Landrat Christians, uns folgende Fragen zu beantworten:

Gelten sämtliche Verbote nur für Nationalsozialisten? Ist es gestattet, Lastwagenfahrten zu unternehmen und gilt das Uniformverbot nicht für das Reichsbanner im Kreise Blumenthal?

Wir warten auf Antwort.

NSDAP., Ortsgruppe Farge, Kreis Blumenthal.

Marzipan-Skandal in Bremen

Der Senat beauftragt eine Hamburger Firma mit der Herstellung von 500 000 Marzipan-Kugeln.

Zur allergrößten Ueberraschung des bremischen Kleinhandels und auch der hiervon betroffenen Industrie beabsichtigt der Senat eine Marzipanlotterie in Bremen durchzuführen, und zwar zu Gunsten der Bremer Winterhilfe. Es ist hier nicht der Platz über die Bremer Winterhilfe und ihre Aufgabe zu sprechen, aber es ist notwendig, mit aller Entschiedenheit Protest dagegen zu erheben, daß in der beabsichtigten Form Gelder für die Winterhilfe beschafft werden sollen. Bei dieser Marzipanlotterie werden der bremischen Bevölkerung 500 000 Mark entzogen, die selbstverständlich dem Kleinhandel verloren gehen. Damit aber nicht genug, die zum Verkauf gestellten Marzipankugeln werden nicht, wie man als selbstverständlich annehmen könnte, von einer bremischen Firma hergestellt und durch den bremischen Einzelhandel vertrieben, sondern ausgerechnet eine Hamburger Firma ist mit der Herstellung beauftragt worden und hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, bereits am Wall Räume gemietet, um eine provisorische Fabrik zur Herstellung der Marzipankugeln aufzumachen.

Wir können uns vorstellen, daß große Teile des bremischen Einzelhandels mit einer gewissen Verbitterung feststellen werden, daß sie sich an dem Hilfswerk der Winterhilfe nicht beteiligt hätten, wenn sie vorher gewußt hätten, daß man ihnen zum Dank dafür in den Rücken fällt. Das Ostergeschäft des bremischen Kleinhandels erscheint damit völlig zerschlagen. So wird auch diese Maßnahme des Hohen Bremer Senats nichts weiter erbringen als eine Steigerung der Verbitterung in Bremen, um so mehr, als uns der Erfolg für die durch die Winterhilfe Betreuten durchaus zweifelhaft erscheint.

Wir werden die Angelegenheit weiter verfolgen und zur gegebenen Stunde darauf zurückkommen.

Der Distrikt Neustadt-Nord hatte am vergangenen Freitag zu einer Distriktsversammlung eingeladen. Zahlreiche Parteiangehörige nebst einigen Gästen füllten den uns in der Kaiserhalle zur Verfügung gestellten Raum, um den interessanten Ausführungen unseres Pg. Dr. von Hoff zu lauschen. „Kultur und Rasse" lautete das Thema, über das Pg. Dr. von Hoff etwa eineinhalb Stunden sprach. Wo ist Kultur? Dort, wo die Rasse ist, lautete die Antwort, und sie mußte so lauten. Unendliches Material unserer Ahnen aus der Zeit vor Tausenden von Jahren ist uns Beweis dafür. Stammt nicht das Hakenkreuz, das Sonnenzeichen, auch aus einer Zeit wirklicher Kultur? Haben wir das „Heil" nicht auch übernommen von unseren Ahnen, ganz gleich, ob es von jeher als Gruß galt oder nicht? Doch wo ist heute Kultur, wie stehts um die nordische Rasse? Letztere ist bereits bis zu 50 Prozent zersetzt und von Kultur in unserem Sinne kann man infolgedessen kaum noch reden. — Aufgabe des kommenden Dritten Reiches wird es sein, auch diesen beiden Fragen allergrößte Beachtung zu schenken. Anhaltender Beifall dankte dem Redner. Ein dreifaches Heil auf unseren obersten Führer schloß die Versammlung.

Der Hypothekenzinssatz der Sparkasse in Bremen beträgt auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften mit Wirkung ab 1. Januar 1932 einschließlich Verwaltungskostenbeitrag 7 Prozent p. a.

Achtung! Winterhilfe! „Casino". Am 23. Januar, um 20 Uhr: **Zweites Eisenschütz-konzert,** Solist: Herbert Groh von der „Norag", Hamburg. Wer einige Stunden wertvoller musikalischer Unterhaltung verbringen, wer anschließend zu flotter Musik nett tanzen und zum Schluß noch für 50 Pfennig ein wertvolles Japan-Service aus der Tombola gewinnen will, der erwerbe sofort bei den Vorverkaufsstellen eine Eintrittskarte zum Zweiten Eisenschütz-Konzert und helfe damit der Winterhilfe. Karten sind erhältlich bei: der „Norag", Alte Stadtwaage, Langenstraße; Fremdenverkehrsverein, Bahnhofsplatz; M. Niemeyer, Obernstraße; M. Niemeyer, Am Brill; Wollenweber, Obernstraße; A. E. Fischer AG., Katharinenstraße; Fritsche u. Winter, Molkenstraße; Louis Seemann, Georgstraße und Musikhaus Warnke, Hutfilterstraße.

Die Polizei schreibt uns: Hausschlachtungen müssen nach der Verordnung vom 6. Februar 1903 mindestens 24 Stunden vorher schriftlich oder mündlich bei der Polizeidirektion, Abteilung 2 (Gesundheits- und Wohlfahrtspolizei), Polizeihaus, Zimmer 129, angezeigt werden. Unterlassung ist strafbar.

Das Stadttheater schreibt uns: In der heutigen Aufführung von Gounods „Margarethe" singt Smaida Liffitschkina die Titelpartie und Willy Kasper die Partie des Mephisto. — Der Einzelverkauf für die vier Abende von Wagners „Ring des Nibelungen" beginnt morgen, Donnerstag, an der Kasse des Stadttheaters. „Die drei Musketiere", die grandiose Revue der modernen Operette, wird im Stadttheater am Sonntag abend in der bekannten Charellschen Inszenierung erstmalig wiederholt.

Spielplanänderung in den Centralhallen. Wegen Erkrankungen im Personal des Schauspiels muß die Premiere von „Robert und Bertram" leider auf nächsten Montag verschoben werden. Heute, Mittwoch abend, noch einmal der unverwüstliche Lachschlager „Charleys Tante", der größte Lustspielerfolg des Stadttheaters seit Jahren. Ganz kleine Preise!

Bremer Viehmarktbericht

Auftrieb: Ochsen 70, Bullen 154, Kühe 1996, Färsen 127, Kälber 375, Schafe 69. Lebend ausgeführt: Rinder 140, Kälber 41, Schafe 2. Unverkauft blieben: Rinder 80. Marktverlauf: In allen Gattungen schlecht. Preise: Ochsen a 1) 33—35, (30), b 1) 28 bis 32 (18), c) 24—27 (18); Bullen a) 30 bis 32 (42), b) 26029 (34), c) 22—25 (27); Kühe a) 25—27 (37), b) 21—24 (33), c) 17 bis 20 (31), d) 12—16 (28); Färsen a) 31 bis 32 (53), b) 27—30 (45), c) 23—26 (24); Kälber a) —, b) 44—45 (68), c) 41—43 (58), d) 32—40 (142), e) 18—30 (107); Schafe nicht notiert. — Fleischmarkt: Geschlachtet eingeführt: Rinder 42, davon 8 dän., Kälber 59, Schafe 22, Schweine 202. Geschäftsverlauf: langsam. Preise: Rindfleisch a) 57—60, b) 52—56, c) 40—51; Kalbfleisch a) 75—80, b) 68—74, c) 50—65; Schaffleisch a) 85—90, b) 78—84, c) 50—77; Schweinefleisch a) 48—52, b) 44—47, c) 30 bis 43.

Kommunistische „Bauern"-Versammlung

Bruchhausen-Vilsen, 19. Jan. Die Ortsgruppe Bassum der KPD. veranstaltete hier eine Versammlung, in der der kommunistische „Bauernführer" Dietrich sprach. Das durch Zwischenrufe mehrfach unterbrochene Referat wurde in der Diskussion, die von einem nationalsozialistischen Redner erfolgreich bestritten wurde, vollständig um seine Wirkung gebracht. Als der Diskussionsredner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen beendet hatte, forderte er die Versammlungsbesucher auf, den Saal zu verlassen, was auch prompt geschah. Die Kommunisten waren dann unter sich.

Bestellt die BNZ!